-

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Thüringen

Sozialgericht Thüringer Landessozialgericht

Sachgebiet Rentenversicherung Abteilung 1

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft

Deskriptoren Leitsätze

§ 191 SGG, § 4 Abs. 1 JVEG, § 5 JVEG, § 21 JVEG, § 22 JVEG, § 6 JVEG,

Sozialgerichtliches Verfahren – Entschädigung eines Beteiligten –

Übernachtungsgeld - Notwendigkeit einer

auswärtigen Übernachtung -

Zumutbarkeit einer Hin- oder Rückreise

am selben Tag - Fahrtdauer -

Sicherheitspuffer

Leitsatz

- 1. Die Notwendigkeit einer auswärtigen Übernachtung ist nach objektiven Kriterien zu ermitteln (vgl. Thüringer Landessozialgericht, Beschluss vom 11. Januar 2016 <u>L 6 | VEG 1340/15</u> juris).
- 2. Eine objektive Notwendigkeit ist nur dann anzunehmen, wenn dem Betroffenen die Hin- oder Rückreise am selben Tag nicht zugemutet werden kann (vgl. Thüringer Landessozialgericht, Beschluss vom 11. Januar 2016 <u>L 6 JVEG 1340/15</u> –, juris). Dabei orientiert sich der Senat an den Vollzugsvorschriften zum Bundesreisekostengesetz.

Normenkette

1. Instanz

Aktenzeichen Datum

2. Instanz

Aktenzeichen L 1 JVEG 590/20

Datum 15.10.2020

3. Instanz

Datum -

Die EntschĤdigung des Erinnerungsführers für die Teilnahme an der Begutachtung am 8. Januar 2020 wird auf 387,00 EUR festgesetzt.

Gründe:

I.

Der Erinnerungsführer ist Berufungskläger im Verfahren L 1 U 915/19. Mit Beweisanordnung vom 14. Oktober 2019 ordnete der Berichterstatter des Verfahrens eine Begutachtung aufgrund ambulanter Untersuchung durch St im J in E an. Die ambulante Untersuchung ist am 8. Januar 2020 in E in der Zeit von 11.45 Uhr bis 12.45 Uhr durchgeführt worden. AnschlieÃ□end erfolgte noch die Anfertigung eines bildgebenden Befundes.

Mit beim Landessozialgericht am 11. Februar 2020 eingegangenem EntschĤdigungsantrag beantragte der Erinnerungsfļhrer eine EntschĤdigung in HĶhe von 434,59 EUR für die Teilnahme an dem Begutachtungstermin (Fahrtkosten 205,00 EUR, Verdienstausfall für zwei Tage 345,34 EUR brutto, Ã∏bernachtungskosten 75,00 EUR = insgesamt 625,34 EUR).

Der Urkundsbeamte der GeschĤftsstelle bewilligte nach Vorlage einer Bescheinigung des SachverstĤndigen hinsichtlich der Zeitdauer der Begutachtung und einer Auskunft dazu, dass die RA¶ntgenabteilung sich im Haus direkt A¼ber seiner Gutachtenspraxis befindet, eine Entschäudigung in Hä¶he von 385,00 EUR. Fahrtkosten seien in HA¶he von 205,00 EUR, Verdienstausfall in HA¶he von 168,00 EUR (8 Stunden Ãi 21,00 EUR) und ein Tagegeld in Höhe von 12,00 EUR zu entschĤdigen. Die Hotelkosten kĶnnten nicht übernommen werden. Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb eine RÃ1/4ckfahrt nach G am Untersuchungstag nicht möglich gewesen wäre, selbst unter Einbeziehung einer Pause. Daher sei die Erstattung der Hotelübernachtung und Verdienstausfall für den 9. Januar 2020 nicht mĶglich. Fļr den Verdienstausfall sei die HĶchstgrenze von 21,00 EUR pro Stunde zu beachten. Hiergegen hat der Erinnerungsfļhrer am 6. Juli 2020 Erinnerung eingelegt. Die ̸bernachtungskosten seien erstattungsfähig. Sein Meister habe ihn darauf hingewiesen, dass eine Versicherung nach zehn Stunden nicht mehr in Kraft trete. Bei einer Rückfahrt nach der Untersuchung würden die zehn Stunden erheblich überschritten. Vor Fahrtantritt habe er sich im Ã∏brigen auch bei der B kundig gemacht, und es sei ihm von einer L bestÄxtigt wurden, dass in einem solchen Fall eine ̸bernachtung nötig und erstattungsfähig sei.

Der ErinnerungsfÄ¹/₄hrer beantragt sinngemĤÄ_□,

die EntschĤdigung fÃ1/4r seine Teilnahme an der Begutachtung am 8. Januar 2020

auf 625,34 EUR festzusetzen.

Die Erinnerungsgegnerin hatte Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Urkundsbeamte der GeschĤftsstelle hat der Erinnerung nicht abgeholfen.

II.

Auf die Erinnerung hin war die EntschĤdigung auf 387,00 EUR festzusetzen.

Nach $\frac{\hat{A}\S}{4}$ Abs. 1 JVEG erfolgt die Festsetzung der Verg \tilde{A}^{1} /4tung, der Entsch \tilde{A} ×digung oder des Vorschusses durch gerichtlichen Beschluss, wenn der Berechtigte oder die Staatskasse die gerichtliche Feststellung beantragt oder das Gericht sie f \tilde{A}^{1} /4r angemessen h \tilde{A} ×lt (Satz 1).

Nach § 191 Halbs. 1 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) werden einem Beteiligten, dessen persĶnliches Erscheinen angeordnet worden ist, auf Antrag bare Auslagen und Zeitverlust wie einem Zeugen vergýtet. Zeugen erhalten nach § 19 Abs. 1 S. 1 JVEG als Entschädigung Fahrtkostenersatz (§ 5 JVEG), Entschädigung für Aufwand (§ 6 JVEG), Entschädigung fþr sonstige Aufwendungen (§ 8 JVEG), Entschädigung für Zeitversäumnis (§ 20 JVEG), Entschädigung für Nachteile bei der Haushaltsführung (§ 21 JVEG) sowie Entschädigung für Verdienstausfall (§ 22 JVEG). Soweit die Entschädigung nach Stunden zu bemessen ist, wird sie nach § 19 Abs. 2 JVEG für die gesamte Zeit der Heranziehung einschlieÃ∏lich notwendiger Reise- und Wartezeiten, jedoch nicht mehr als zehn Stunden je Tag gewährt (Satz 1); die letzte bereits begonnene Stunde wird voll gerechnet (Satz 2).

Bei der Entscheidung sind alle für die Bemessung der Vergütung maÃ□geblichen Umstände zu überprüfen, unabhängig davon, ob sie angegriffen worden sind. Bei der Festsetzung ist das Gericht weder an die Höhe der Einzelansätze noch an den Stundenansatz oder an die Gesamthöhe der Vergütung in der Festsetzung durch den Urkundsbeamten der Geschäftsstelle oder den Antrag der Beteiligten gebunden; es kann nur nicht mehr festsetzen, als beantragt ist (vgl. Senatsbeschluss vom 28. Februar 2018 â□□ L1 JVEG 867/15, zitiert nach Juris).

Die EntschĤdigung errechnet sich danach wie folgt:

Der Fahrtkostenersatz beträgt gemäÃ∏ <u>§ 5 Abs. 2 Nr. 1 JVEG</u> bei einer Fahrtstrecke von insgesamt 820 km (0,25 EUR je gefahrenen km) 205,00 EUR.

Die Entsch \tilde{A} ¤digung f \tilde{A} ¼r Verdienstausfall ist nach $\frac{\hat{A}}{\hat{A}}$ 22 JVEG ausgehend vom Bruttoverdienst und unter Ber \tilde{A} ¼cksichtigung der Deckelung auf h \tilde{A} ¶chstens 21,00 EUR auf 168,00 EUR (8 Stunden \tilde{A} i 21,00 EUR) festzusetzen.

Nicht zu erstatten sind der Verdienstausfall f $\tilde{A}^{1/4}$ r den 9. Januar 2020 und die \tilde{A} bernachtungskosten in H \tilde{A} ¶he von 75,00 EUR, weil dem Erinnerungsf $\tilde{A}^{1/4}$ hrer die

 $R\tilde{A}^{1}/_{4}$ ckreise nach der durchgef $\tilde{A}^{1}/_{4}$ hrten Begutachtung am 8. Januar 2020 zumutbar war.

Nach <u>§Â§ 191 SGG</u>, <u>19 Abs. 1 Nr. 2 JVEG</u> und <u>6 JVEG</u> kann der Erinnerungsführer zwar grundsätzlich auch den Ersatz von Ã□bernachtungskosten beanspruchen. Dies setzt aber die Notwendigkeit einer solchen voraus.

Eine auswĤrtige Ã∏bernachtung ist notwendig, wenn dem Erinnerungsführer die Hin- und Rückreise am gleichen Tag objektiv nicht möglich ist (vgl. ThürLSG, Beschluss vom 11. Januar 2016 â∏∏ <u>L 6 IVEG 1340/15</u> â∏∏, nach Juris). Zu berücksichtigen ist dabei der haushaltsrechtliche Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, der im Bereich des gesamten Kosten-rechts, also auch der Entschäzdigung von Zeugen, Sachverstäzndigen, Dritten, ehrenamtlichen Richtern und Beteiligten gilt, und das daraus resultierende Gebot der KostendĤmpfung und Kostenminimierung (vgl. ThürLSG, Beschluss vom 27. September 2005 â∏∏ L 6 SF 408/05). Die Frage der Notwendigkeit ist eine Tatfrage und im Zweifelsfall vom Gericht nach freiem Ermessen zu entscheiden (vgl. ThürLSG, Beschluss vom 2. April 2007 â∏ <u>L 6 B 116/06 SF</u>; BayLSG, B. v. 4. November 2014 â∏ <u>L 15 SF 198/14</u> m. w. N., nach Juris). Eine objektive Notwendigkeit ist nur dann anzunehmen, wenn dem Betroffenen die Hin- oder Rýckreise am selben Tag nicht zugemutet werden kann. Die Bestimmung des Zumutbaren orientiert sich an den Vollzugsvorschriften zum Bundesreisekostengesetz. Nach Ziffer 3.1.4. S. 1 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundesreisekostengesetz (BRKGVwV) des Bundesministerium des Innern vom 1. Juni 2005 â∏ D I 5 â∏ 222 101 â∏ 1/16 sollen Dienstreisen grundsÄxtzlich nicht vor 6 Uhr anzutreten und nicht nach 24 Uhr zu beenden sein (vgl. ThürLSG, Beschluss vom 11. Januar 2016 â∏ <u>L 6 IVEG</u> 1340/15, nach Juris). Dabei ist grundsÃxtzlich auch ein gewisser zeitlicher "Sicherheitspuffer" zu berýcksichtigen, bei einer normalen Reisedauer von knapp vier Stunden ist ein Zeitraum von 45 min. bis zu 1 h 15 min. angemessen (vgl. ThÃ $\frac{1}{4}$ rLSG, Beschluss vom 11. Januar 2016 â \prod L 6 IVEG 1340/15 â \prod , nach Juris).

Bei einer einfachen Wegstrecke von vier Stunden und einem erforderlichen Sicherheitspuffer musste der Erinnerungsfļhrer die Reise am Begutachtungstag (Ladung auf 11.45 Uhr) nicht vor 6.00 Uhr antreten. Der Erinnerungsführer hat nach seinen eigenen Angaben die Hinreise am 8. Januar 2020 bereits um 5.00 Uhr angetreten. Für die Ã∏bernachtung nach Durchführung der Begutachtung bestand keine objektive Notwendigkeit. Ausweislich der Bescheinigung des SachverstĤndigen St war die Begutachtung um 12.45 Uhr beendet. Soweit der Erinnerungsführer danach noch die Röntgenabteilung im selben Haus aufgesucht hat, sind keine Anhaltspunkte dafür ersichtlich, dass dies eine mĶgliche Abreise um mehr als eine Stunde verzĶ-gert hat. Der Senat geht daher davon aus, dass der Erinnerungsfå¼hrer das Krankenhausgebå¤ude gegen 13.45 Uhr verlassen konnte. Unter Zubilligung einer Pause â∏ insbesondere zur Nahrungsaufnahme â∏ konnte die Rückfahrt mit dem eigenen PKW daher unproblematisch gegen 15.00 Uhr angetreten werden. Anhaltspunkte dafļr, dass auch unter Einbeziehung groà ☐zü giger Pausen auf der Rü ckfahrt eine Rückkehr erst nach 24.00 Uhr erfolgt wäre, bestehen nicht. Vielmehr kann von einer Beendigung der Rýckfahrt gegen 20.00 Uhr ausgegangen werden. Daher

hÃxtte eine Rückreise am 8. Januar 2020 zumutbarerweise erfolgen können. Soweit der ErinnerungsfÄ1/4hrer geltend macht, dass im Arbeitszeitgesetz geregelt sei, dass pro Tag maximal zehn Stunden gearbeitet werden dürfe, sind diese Vorschriften in diesem Zusammenhang nicht anwendbar. Abzustellen ist allein auf die entsprechende Anwendung der Vorgaben des Bundesreisekostengesetzes. Anhaltspunkte dafür, dass die Durchführung der Untersuchung derart krÃxftezehrend war, dass hier ausnahmsweise eine Rückfahrt nicht zumutbar war, bestehen nicht. Derartiges l\(\tilde{A}\)xsst sich dem Sachverst\(\tilde{A}\)xndigengutachten nicht entnehmen und wurde auch vom Erinnerungsfļhrer nicht vorgetragen. Soweit der Erinnerungsführer sich auf eine Auskunft der Berufsgenossenschaft beruft, kann diese â∏∏ auch unter Vertrauensschutzgesichtspunkten â∏∏ nicht zu seinen Gunsten eingreifen. Dem Erinnerungsfļhrer hÄxtte es vielmehr oblegen, vorher bei der GeschĤftsstelle des Thüringer Landessozialgerichts Erkundigungen einzuziehen. Abgesehen davon hängt die Entscheidung darüber, ob eine Ã∏bernachtung notwendig ist, von den UmstĤnden des Einzelfalles (LĤnge der Begutachtung) ab, die in vielen FĤllen erst nach Durchfļhrung der Begutachtung selbst beurteilt werden kann.

Zu entschädigen ist des Weitern nach §Â§ 191 SGG, 19 Abs. 1 Nr. 2 JVEG, 6 Abs. 1 JVEG ein Tagegeld in Höhe von 14,00 EUR aufgrund einer notwendigen Abwesenheit von mehr als acht und unter 24 Stunden am Kalendertag i. V. m. § 9 Abs. 4a Satz 3 Nr. 3 des Einkommenssteuergesetzes in der ab dem 1. Januar 2020 geltenden Fassung des Gesetzes zur weiteren steuerli-chen Förderung der Elektromobilität und zur Ã∏nderung weiterer steuerlicher Vorschriften vom 12. Dezember 2019 (BGBI. I 2019 S. 2451).

Die EntschĤdigung des Erinnerungsführers für die Teilnahme an der Begutachtung am 8. Januar 2020 ist daher wie folgt festzusetzen:

Fahrtkosten <u>§ 5 JVEG</u>: 205,00 EUR Verdienstausfall <u>§ 21 JVEG</u>: 168,00 EUR Tagegeld <u>§ 6 Abs. 1 JVEG</u>: 14,00 EUR Insgesamt: 387,00 EUR

Das Verfahren ist gebührenfrei; Kosten werden nicht erstattet (§ 4 Abs. 8 JVEG).

Eine Beschwerde an das Bundessozialgericht findet nicht statt ($\frac{\hat{A}\S \text{ 4 Abs. 4 Satz 3}}{\text{JVEG}}$).

Erstellt am: 13.01.2021

Zuletzt verändert am: 23.12.2024